

und Redaktionen und die Vermittlung des gesamten Kontextes in unseren Medien.

medianet: Mit dem Datenschutz-Anpassungsgesetz kommen nun Ausnahmen für Verleger. Sind Sie mit der nun vorliegenden Lösung zufrieden und wo sehen Sie aus Sicht des VÖZ noch Änderungsbedarf?

Grünberger: Nur eine kleine Korrektur vorweg: die erfolgte Klarstellung dient der Medienfreiheit und der freien Berichterstattung, nicht dem Verleger. Wir haben in den letzten Monaten – auch an dieser Stelle – gewarnt, dass unter dem Deckmantel des Datenschutzes eine Metternich-Medienbehörde entstehen könnte, die die freie Berichterstattung aufgrund drakonischer Strafen einschränken könnte. Umso er-

”

Angesichts der viralen Welle an Fake News vor allem in Sozialen Netzwerken hat sich ein verstärktes gesellschaftliches Bedürfnis nach Orientierung und Vertrauen entwickelt.

Gerald Grünberger
VÖZ

freulicher ist es, dass der Bundesregierung jetzt mit dieser Klarstellung – die seitens der Europäischen Union auch eingeräumt wurde – ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Grundrechten Datenschutz und Pressefreiheit gelungen ist. Das war eine äußerst positive Maßnahme zur Stärkung der Me-



© VÖZ/Katharina Schiffl

dien- und Meinungsfreiheit in unserem Land. Wir sind selbstverständlich mit der beschlossenen Lösung sehr zufrieden – eine Lösung, die auch bei unseren deutschen Nachbarn positiv und bewundernd registriert wurde.

medianet: Bleiben wir bei einem ähnlichen Thema, der Informationspflicht von Behörden Journalisten gegenüber – etwas, was in Deutschland zugunsten der Medien weit großzügiger geregelt ist als in Österreich. Hier wurde vor Kurzem ein Fall bekannt, bei dem das Forum Informationsfreiheit bei Anfragen zur letzten Landtagswahl in NÖ statt Auskunft seitens der Behörden massenhaft Gebührenvorschreibungen für die gestellte Anfrage bekam. Gehört beim Thema Informationspflicht die Regelung nachgebessert?

Grünberger: Die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes steht seit geraumer Zeit auf unserem medienpolitischen Forderungskatalog. Die Bundesregierung hat beim Thema Datenschutz gezeigt, dass sie bereit ist, sinnvolle und zeitgemäße Vorschläge aufzunehmen. Zugegeben, das Thema Informationsfreiheit hat bereits eine sehr wechselvolle politische Geschichte hinter sich, dennoch werden wir versuchen, die politischen Verantwortungsträger von der Sinnhaftigkeit einer

Print Summit

Vergangenen Dienstag fand der Print Summit 2018 statt und verdeutlichte den hohen Stellenwert von Zeitungen und Zeitschriften im Mediamix.

solchen Regelung – ähnlich wie sie in Deutschland seit Jahren herrscht – zu überzeugen.

medianet: Nach Bekanntwerden des Regierungsprogramms hat sich der VÖZ zunächst wohlwollend zu den Vorhaben im Bereich Medien geäußert. Wo sehen Sie die wichtigsten Themenbereiche, bei denen sich der VÖZ einbringen wird müssen?

Grünberger: Es ist erfreulich, dass österreichische Unternehmen bei der digitalen Transformation unterstützt werden sollen, und die Bundesregierung sich im Regierungsprogramm für faire Rahmenbedingungen in einem global gewordenen, digitalen Markt einsetzt. Auch der VÖZ fordert ein ‚level playing field‘ und wird sich auch weiterhin gern einbringen. Unsere Ansatzpunkte auf nationaler und europäischer Ebene reichen von der Einführung einer digitalen Betriebsstätte zur Reduktion der Mehrwertsteuer für digitale Contentprodukte, einem Urheberrechtsschutz für Zeitungsinhalte und einiges mehr. Selbstverständlich wünschen wir uns auch eine deutliche Aufstockung der Presseförderung – alles Themen die bei der bevorstehenden Medienenquete zur Sprache kommen werden. (fej)

Lesen Sie das ganze Interview auf: www.medianet.at

VÖZ

Information

Der Verband Österreichischer Zeitungen (kurz: VÖZ) hat den Zweck, u.a. die gemeinsamen Interessen der österreichischen Zeitungen zu vertreten und zu fördern.

Weitere Informationen zum Verband finden sich online unter www.voez.at